

Neugeschäft wächst auf 70 Milliarden Euro

Die Leasing-Nachfrage ist ungebrochen hoch. Das Neugeschäft der Branche erreichte 2018 knapp 70 Milliarden Euro, davon 9,1 Milliarden Euro mittels Mietkauf, und wuchs nach zwei Rekordjahren mit starker Dynamik im vergangenen Jahr erneut um 4,5 Prozent. Besonders gut entwickelte sich das Neugeschäft mit Maschinen; es stieg um 9 Prozent. Auch das IT-Leasing erholte sich nach schwierigen Jahren und verzeichnete wieder einen Zuwachs (2 Prozent). Jedoch bekam die Branche die Auswirkungen des neuen Abgastestverfahrens WLTP zu spüren: Lieferengpässe infolge der gedrosselten Fahrzeugproduktion bremsen das Fahrzeug-Leasing, das nur moderat um 3 Prozent wuchs. Dieser Sondereffekt wächst sich 2019 aus: Die Auftragsbücher der Leasing-Gesellschaften sind gut gefüllt. Wir erwarten, dass sich das aufgestaute Fahrzeugleasing-Geschäft in die nächsten Monate verschiebt.

In das laufende Jahr ist die Leasing-Wirtschaft mit verhaltenem Optimismus gestartet. Wir schätzen ein Leasing-Wachstum von 3 bis 4 Prozent und damit eine leicht dynamischere Entwicklung als die der Ausrüstungsinvestitionen. Größere Wachstumssprünge sind nicht zu erwarten, da Leasing mit der Konjunktur atmet. Und die Konjunkturaussichten sind ebenfalls verhalten: Der Aufschwung schwächt sich ab; die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und der Sachverständigenrat haben ihre Prognosen gesenkt. Die deutsche Wirtschaft wird zwar 2019 wachsen, aber geringer als bisher gedacht. Geopolitische Risiken, Handelskonflikte und Protektionismus, aber auch die Situation in Italien schweben wie ein Damoklesschwert über den Unternehmen in Deutschland. Dadurch trübt sich die Investitionsstimmung wieder ein. Von einer Auflösung des Investitionsstaus sind wir nach wie vor weit entfernt.

Es ist daher dringend geboten, dass die Bundesregierung Maßnahmen ergreift, um den Investitionsstandort Deutschland zu stärken. Nicht zuletzt zeigt der Blick über die Grenze den Handlungsbedarf. Deutschland ist im internationalen Vergleich Hochsteuerland mit einer durchschnittlichen Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen von 32 Prozent (EU-Durchschnitt: 22 Prozent). Andere europäische Länder wie Frankreich und Großbritannien reagieren auf die Steuersenkung in den USA und vermindern ebenfalls ihre Steuern und verbessern die Standortbedingungen für ansässige Unternehmen. Hier muss die Bundesregierung dagegenhalten. Steuerpolitik ist Standortpolitik. Eine geeignete Maßnahme zur Stärkung des Standortes und zur Entlastung von Unternehmen ist das „wirtschaftspolitische Aktionsprogramm“ von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Sein Maßnahmenpaket sollte wieder aufgegriffen und zügig umgesetzt werden.



HORST FITTLER,
HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER,
BUNDESVERBAND DEUTSCHER
LEASING-UNTERNEHMEN E.V.
(BDL), BERLIN

»Die Bundesregierung sollte Maßnahmen ergreifen, um den Investitionsstandort Deutschland zu stärken.«